

Medienbeobachtung

06.07.2022

Inhaltsverzeichnis

- S. 3 **Rezepte gegen die Teuerung:Übergewinne abschöpfen, Steuern senken, Absatzbeträge erhöhen**
10.06.2022 , SN , Seite 4)

Rezepte gegen die Teuerung: Übergewinne abschöpfen, Steuern senken, Absatzbeträge erhöhen

Oppositionsvorschläge. Angesichts der Rekordinflation drängt die Opposition die Regierung zu Entlastungsmaßnahmen. SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner forderte kürzlich in einer Pressekonferenz, Übergewinne von Energieerzeugern abzuschöpfen, um damit die Mehrwertsteuer auf Gas, Strom und Lebensmittel sowie die Energieumstellung zu finanzieren. Außerdem hielte sie es für angebracht, die CO₂-Bepreisung zu verschieben, sagte die Parteichefin.

FPÖ-Chef Herbert Kickl fordert unter Hinweis auf die befristete Senkung der Spritsteuer in Deutschland auch für Österreich eine Senkung der Mineralölsteuer bzw. bei weiterem Preisanstieg deren gänzliche Streichung oder einen staatlichen Preisdeckel.

Die Neos halten die Abschaffung der kalten Progression und die Senkung der Lohnnebenkosten für die gebotenen Maßnahmen. Seniorenvorschläge. Ingrid Korosec, Präsidentin des Österreichischen Seniorenbundes und vorsitzende Präsidentin des überparteilichen Österreichischen Seniorenrats, fordert rasche Unterstützungsmaßnahmen für ihre Zielgruppe. „Die Rekordinflation von derzeit acht Prozent macht besonders den Seniorinnen und Senioren zu schaffen, die den Großteil ihres Einkommens für Lebensmittel und Energie aufwenden müssen. Die bisherigen Antiteuerungspakete der Bundesregierung im Umfang von vier Milliarden Euro waren wichtig, im Licht der aktuellen Lage reicht das aber nicht mehr“, sagte die ehemalige Volksanwältin. Sie schlägt eine Erhöhung der Pensionistenabsatzbeträge vor, welche auch von den Experten der Wirtschaftsforschungsinstitute IHS und Wifo bevorzugt wird. Dies könne sofort umgesetzt werden, sei zielgerichtet und fair. „Außerdem können damit auch zielgerichtet die Bezieherinnen und Bezieher mittlerer Pensionen entlastet werden, die bisher nur wenig von den Maßnahmen gegen die Teuerung profitiert haben“, erklärt Korosec.

Was die Regierung plant. Die Regierung arbeitet derzeit an einem weiteren Entlastungspaket gegen die Inflation. Ziemlich fix dürften die Verschiebung des CO₂-Preises von Juli auf Oktober und die Erhöhung des Klimabonus für dieses Jahr sowie das Verbot von Gasheizungen in Neubauten sein. Darüber hinaus wird über die Abschaffung der kalten Progression und eine Anhebung von Sozialleistungen verhandelt. Beschlossen werden soll das Paket schon in der kommenden Woche., APA

Heizkosten erhitzen die SPÖ

Teure Fernwärme: Das rote Wien unterminiert die Energiepolitik der Sozialdemokraten.

ANDREAS KOLLER

WIEN. Nicht immer ist es ganz einfach, das rechte Wort zur rechten Zeit zu treffen. Wie beispielsweise Christian Deutsch, Bundesgeschäftsführer der SPÖ und engster Mitarbeiter von Parteichefin Pamela Rendi-Wagner, soeben schmerzlich erfahren musste. „Wohnen, Energie und Lebensmittel – alles wird teurer, nur die Ausreden der Regierung werden immer billiger“, wettete der SPÖ-Mann in einer gepfefferten Aussendung. Pech nur, dass praktisch zeitgleich bekannt geworden war, dass der tiefrote bundeshauptstädtische Energieversorger Wien Energie, Tochterunternehmen der tiefroten Wiener Stadtwerke, die Fernwärmetarife in der Bundeshauptstadt um 92 Prozent anzuheben gedenke. Davon betroffen laut Angaben der Arbeiterkammer: 258.000 Haushalte (so viele unterliegen dem Preisbescheid). Monatliche Mehrbelastung: durchschnittlich 45 Euro. Der Slogan „Fernwärme spart Zeit und Geld“, der verheißungsvoll auf der Homepage der Wien Energie prangt, wirkte nie so deplatziert.

Seit der Preisantrag des SPÖ-nahen Unternehmens, der einer Verdoppelung der Gebühren gleichkommt, das Licht der Öffentlichkeit erblickte, schweigt die SPÖ-Zentrale in der Wiener Löwelstraße. Von Parteichefin Pamela Rendi-Wagner gab es auf SN-Anfrage keine Stellungnahme. Wiens Bürgermeister Michael Ludwig schickte am späten Nachmittag eine schriftliche Erklärung: Inhalt: Er habe den zuständigen Finanzstadtrat Peter Hanke beauftragt, „ein umfassendes Fern-

wärme- und Energie-Unterstützungs-Paket“ auszuarbeiten. „Wir werden Maßnahmen setzen, um die Erhöhung der Preise für die Kundinnen und Kunden deutlich abzufedern“, versicherte Ludwig. Auf den Preisantrag der Wien Energie ging er in dieser Stellungnahme nicht ein.

Dabei kommt Ludwig eine Schlüsselrolle zu: Er muss den Preisantrag der Wien Energie genehmigen – oder ablehnen. SPÖ-Sozialsprecher Josef Muchitsch reicht die heiße Kartoffel weiter an die Bundesregierung: Diese solle per Gesetz den Energiepreis vom Gaspreis entkoppeln. „Bei den Coronahilfen für die Wirtschaft waren

Der Preisantrag erwischte die SPÖ auf falschem Fuß

diffizile Gesetzesänderungen innerhalb von drei Tagen möglich. Ich verstehe nicht, warum das nicht auch jetzt funktionieren soll“, sagt Muchitsch im SN-Gespräch.

Die Frage ist allerdings, ob die Entkoppelung der Energiepreise vom exorbitant hohen Gaspreis viel an den scharfen Preiskalkulationen der Wien Energie ändern würde. Denn mehr als die Hälfte der Wiener Fernwärme wird mit dem teuren Gas produziert. Andere Fernwärmelieferanten werden, hört man, dem Wiener Beispiel folgen. Wenngleich die beabsichtigten Preissteigerungen dort wesentlich geringer ausfallen werden.

Klar ist, dass der Preisantrag der Wien Energie die gesamte „linke Reichshälfte“ von der SPÖ über die



Die steigenden Energiepreise stürzen auch die oppositionelle SPÖ in ein Dilemma.

BILD: SN/DONIKZ - STOCK.ADOBE.COM

Arbeiterkammer (AK) bis zum Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) auf dem falschen Fuß erwischt. Angesichts der dramatischen Inflation versuchen nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch AK und ÖGB, sich als soziale Gegenwelt zur türkis-grünen Bundesregierung zu positionieren. Erst vor wenigen Tagen warnte SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter wegen der munter steigenden Energiepreise vor „einer strukturellen Krise, weniger Arbeitsplätzen, weniger Lebensstandard und sozialen Deformationen“.

Ähnlich äußert sich die SPÖ-dominierte Arbeiterkammer. In ihrem aktuellen Programm gegen die Teuerung heißt es im Punkt Energie: „Konsumentenfreundliche Standardtarife, auf die sich Haushalte verlassen können. Energie muss bezahlbar bleiben, besonders für Haushalte, die sich Heizen und Strom kaum mehr leisten können.“

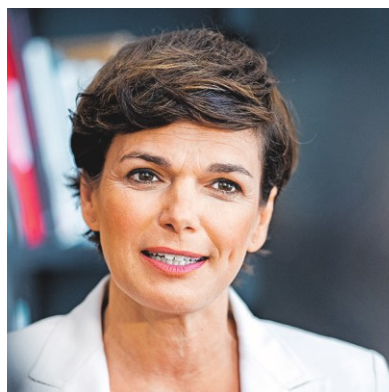
So weit die Arbeiterkammer, die übrigens Sitz und Stimme in jener Kommission hat, die über den Preisantrag der Wien Energie beraten wird. „Wir werden diesen Antrag massivst prüfen“, versichert Dorothea Herzele, Mitglied dieser Kommission und Energiepolitikexpertin der AK Wien, den SN. Die Kommission hat freilich nur Anhörungs- und Einsichtsrecht. Die Entscheidung trifft der Bürgermeister.

Grundsätzlich hält die AK die angedachte Verdoppelung der Fernwärmepreise für „hochproblematisch“. Denn Fernwärme werde überproportional häufig von einkommensschwachen Haushalten genutzt. „Damit hat diese exorbitante Erhöhung auch sozialpolitisch negative Auswirkungen“, sagt die AK. Ob ihre Macht ausreicht, die Preispolitik der befreundeten Wiener Stadtregierung zu beeinflussen, wird die Zukunft weisen.

Rezepte gegen die Teuerung: Übergewinne abschöpfen, Steuern senken, Absatzbeträge erhöhen

Oppositionsvorschläge. Angesichts der Rekordinflation drängt die Opposition die Regierung zu Entlastungsmaßnahmen. SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner forderte kürzlich in einer Pressekonferenz, Übergewinne von Energieerzeugern abzuschöpfen, um damit die Mehrwertsteuer auf Gas, Strom und Lebensmittel sowie die Energieumstellung zu finanzieren. Außerdem hielte sie es für angebracht, die CO₂-Bepreisung zu verschieben, sagte die Parteichefin.

FPÖ-Chef Herbert Kickl fordert unter Hinweis auf die befristete Senkung der Spritsteuer in Deutschland auch für Österreich eine Senkung der Mineralölsteuer bzw. bei weiterem Preisan-



Pamela Rendi-Wagner

BILD: SN/APA

stieg deren gänzliche Streichung oder einen staatlichen Preisdeckel. Die Neos halten die Abschaffung der kalten Progression und die Senkung der Lohnnebenkosten für die gebotenen Maßnahmen.

Senienvorschläge. Ingrid Korosec, Präsidentin des Österreichischen Seniorenbundes und vorsitzende Präsidentin des überparteilichen Österreichischen Seniorenrats, fordert rasche Unterstützungsmaßnahmen für ihre Zielgruppe. „Die Rekordinflation von derzeit acht Prozent macht besonders den Seniorinnen und Senioren zu schaffen, die den Großteil ihres Einkommens für Lebensmittel und Energie aufwenden müssen. Die bisherigen Antiteuerungspakete der Bundesregierung im Umfang von vier Milliarden Euro waren wichtig, im Licht der aktuellen Lage reicht das aber nicht mehr“, sagte die ehemalige Volksanwältin. Sie schlägt eine Erhöhung der Pensionistenabsatzbeträge vor, welche auch von den Ex-



Ingrid Korosec

BILD: SN/APA

perten der Wirtschaftsforschungsinstitute IHS und Wifo bevorzugt wird. Dies könne sofort umgesetzt werden, sei zielgerichtet und fair. „Außerdem können damit auch zielgerichtet die Bezieherinnen und

Bezieher mittlerer Pensionen entlastet werden, die bisher nur wenig von den Maßnahmen gegen die Teuerung profitiert haben“, erklärt Korosec.

Was die Regierung plant. Die Regierung arbeitet derzeit an einem weiteren Entlastungspaket gegen die Inflation. Ziemlich fix dürften die Verschiebung des CO₂-Preises von Juli auf Oktober und die Erhöhung des Klimabonus für dieses Jahr sowie das Verbot von Gasheizungen in Neubauten sein. Darüber hinaus wird über die Abschaffung der kalten Progression und eine Anhebung von Sozialleistungen verhandelt. Beschlossen werden soll das Paket schon in der kommenden Woche.

SN, APA